

POLITISCHE BILDUNG

» „Die Menschenfreundlichkeit Gottes leben – aber wie?“ – Ein Tagungsbericht

„Ja zu gelebter Menschenfreundlichkeit Gottes. Nein zum Rechtsextremismus. – Haltungen, Erfahrungen und Perspektiven der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.“ So lautet der Titel des Handlungskonzepts der bayerischen Landeskirche (ELKB), das seit einigen Monaten nicht nur im Internet, sondern auch in gedruckter Form vorliegt.

Die Verabschiedung dieses Papiers war Anlass und Ausgangspunkt für die mit insgesamt 65 Personen gut besuchte Fachtagung Anfang Februar in der Evangelischen Akademie Tutzing. Bayerische Ministerien, Stiftungen, die Erwachsenenbildung und Universitäten waren ebenso zahlreich vertreten wie beide Kirchen samt Diakonie und Caritas.

Der nun folgende Bericht schildert die wichtigsten Impulse und Ergebnisse anhand der drei großen Blöcke der Tagung.

Das Handlungskonzept der ELKB

Dr. Britta Schellenberg führte inhaltlich in das Handlungskonzept der ELKB ein – als felderfahrene Wissenschaftlerin hatte sie den gesamten Prozess begleitet und mit ihrer externen Perspektive immer wieder „Betriebsblindheiten“ aufgedeckt. In ihrem Vortrag betonte sie, dass mit dem Handlungskonzept seitens der ELKB eine wesentliche Klärung der Grundlagen des eigenen Handelns aus theologischer, historischer und gesellschaftlicher Perspektive stattfand.

Kirchenrat Reiner Schübel, der seitens des Landeskirchenamts und der zuständigen Fachabteilung für die Erarbeitung des Konzepts verantwortlich ist, hob in seinem Beitrag insbesondere die Breite des Vorgehens hervor. Um alle Akteursgruppen einzubeziehen, wurden systematisch alle inhaltlichen Handlungsfelder der ELKB schriftlich angefragt. Kirchengemeinden und Dekanate wurden in Form von Fallstudien einbezogen, sodass ein umfassendes Bild des landeskirchlichen Engagements entstand.

Kirchliche und politische Reaktionen auf das Handlungskonzept

Im kirchlichen Raum gibt es seit etwas mehr als zehn Jahren ein koordiniertes Agieren gegen Rechtsextremismus. Durch vier kurze Impulsreferate wurde dies verdeutlicht: Karl-Georg Ohse stellte für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland die Beratungsarbeit der dortigen Regionalzentren vor sowie eine seit 2014 jährlich stattfindende

Tagung zu „Kirche und Rechtsextremismus im Norden“; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl richtete den Blick auf die katholische Kirche. Bei der Kommission *Justitia et Pax* wurde eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe

eingerrichtet, die sich eher grundsätzlich und wissenschaftlich mit Fragen von Rechtspopulismus, menschenfeindlichen Einstellungen, Rechtsextremismus und dem angemessenen Umgang damit durch Kirche beschäftigt; Dr. Christian Staffa schilderte seinerseits den Aufbau der ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R), die aus dem Engagement der protestantischen Kirchen Ostdeutschlands gegen einen erstarkten Rechtsextremismus entstanden ist; und Thomas Andonie und Andreas Belz beschrieben die Aktivitäten des BDKJ, des Bundesverbands der Deutschen Katholischen Jugend, der anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahlen seine Kampagne „Zukunftszeit: Gemeinsam für ein buntes Land“ gestartet hat.

In einem zweiten Schritt stellten dann Vertreter der zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene (Thomas Heppener, Dr. Christiane Nischler-Leibl) die Bedeutung kirchlichen Engagements in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dadurch heraus, dass es gerade die Kirchen seien, die mit ihrem jahrhundertlang gewachsenen Wertekanon eine Handlungsperspektive eröffneten, auf die der ideologisch neutrale säkulare Rechtsstaat dringend angewiesen sei (Böckenförde-Diktum).

In der abendlichen Podiumsdiskussion mit Irmgard Schwaetzer, Präses der EKD-Synode und ehemalige Bundesministerin, Dr. Britta Schellenberg, Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl und Thomas Heppener wurde dann zum einen deutlich, dass sich Kirche offensichtlich der eigenen Stärken in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus (fundierter Wertekanon, gesellschaftlich breit akzeptierter Partner) zu wenig bewusst ist. Zum anderen wurde aber auch ein Augenmerk darauf gelenkt, dass inner-



Martin Becher

Leiter der Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad
becher@ebz-alexandersbad.de



Martin Becher, Udo Hahn, Irmgard Schwaetzer und Reiner Schübel

kirchlich zwar ein Konsens über die grundsätzliche Frage des Engagements gegen Rechtsextremismus bestehe, aber im Detail (bezogen auf einzelne Syndrome der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit) durchaus noch großer innerkirchlicher Diskussionsbedarf hinsichtlich der Notwendigkeit dieses Engagements vorhanden sei.

Phänomene des Rechtsextremismus: Menschenfeindlichkeit und Terrorismus

Am zweiten Tag wurde der Blick auf die Phänomene, mit denen Kirche auf diesem Feld konfrontiert ist, geweitet. Zwei Aspekte standen im Vordergrund:

Dr. Christian Ganser, Soziologe der Ludwig-Maximilians-Universität München, berichtete von den Ergebnissen der ersten für Bayern durchgeführten Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die Ende Oktober 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Als Ergebnis für Bayern lasse sich festhalten, dass es ablehnende Einstellungen insbesondere gegenüber Muslimen, Sinti und Roma, Flüchtlingen und Arbeitslosen gebe. Besonders förderlich dafür seien ein „geringes Institutionenvertrauen“ und eine besonders hohe „Identifikation mit Deutschland“.

Robert Andreasch, Journalist aus München und engagiert in der Initiative „NSU-Watch“, hat nahezu alle Verhandlungstage des NSU-Prozesses am Münchener Oberlandesgericht verfolgt und gab einen

Einblick in den Prozessverlauf. Anhand mehrerer Fälle kritisierte er die Ermittlungsarbeit der Behörden, insbesondere der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamts, indem er aufzeigte, dass immer wieder prozessrelevante Fragen durch die engagierte Einzelrecherche von Opferanwälten aufgeklärt werden konnten anstatt durch die eigentlich zuständigen Behörden.

Heike Kleffner, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau („Die Linke“) und als Journalistin arbeitet, berichtete von den Untersuchungsausschüssen zum NSU-Komplex im Bund und in den Ländern. Sie zeigte auf, dass es zwar durchaus in Einzelfällen gelungen sei, Licht in das Dunkel des Gesamtkomplexes NSU zu bringen, allerdings hätten es die verschiedenen Ausschüsse ebenso wie der Prozess selbst nicht leisten können, die Strukturen um das Trio wirklich zu entschlüsseln – das vollständige Schweigen der Angeklagten und vieler Zeugen aus der Szene sowie ein gewisses Zögern mancher Behörden, zur Aufklärung beizutragen, seien hierfür die wichtigsten Gründe.

Ausblick

Als Fazit der Tagung kann gezogen werden, dass kirchliches Engagement gegen Rechtsextremismus ein Thema ist, dessen Bedeutung erst langsam sichtbar wird. Die Tagung hat einerseits deutlich gemacht, dass dieses Handeln innerkirchlich nicht mehr in Frage gestellt wird und dass andererseits außerkirchlich, insbesondere im politischen Raum, dieses Engagement aus unterschiedlichen Gründen außerordentlich begrüßt wird. Inzwischen wird dieses kirchliche Handlungsfeld auch in den Medien und als Forschungsobjekt auch in der Wissenschaft wahrgenommen. Für die Professionalisierung des Arbeitsfeldes leistete die Tagung einen wichtigen Beitrag – nicht nur unter dem Aspekt der bundesweiten Vernetzung.